

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz n. d.
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Zuschlag. — Bei zwangswiseher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinsparungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,45 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post wöchentlich 2,60 RM freibleibend

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Leitung und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freialtsdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 225

Donnerstag, den 26. September 1929

81. Jahrgang

Amlicher Teil.

Freitag, den 27. September 1929, vorm. 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restaurant zum „Bürgergarten“
1 Schreibpult, 1 ovaler Tisch, 2 Sessel mit Lehne
zwangsweise gegen Barzahlung meißbietend öffentlich versteigert werden.
Pulsnitz, am 26. Sept. 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kinderarbeit.) Um auftauchende Zweifel zu beheben, sei darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen der §§ 10 und 11 des Kinderschutzgesetzes vom 30. 3. 1903 noch in vollem Umfang Gültigkeit haben. Nach § 10 dieses Gesetzes haben Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung von Kindern der Ortspolizeibehörde unter Angabe der Betriebsstätte und der Art des Betriebes schriftliche Anzeige zu machen. Die Beschäftigung eines Kindes ist gemäß § 11 nach wie vor nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht vorher eine Arbeitskarte ausgestellt wird, welche auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters des zu beschäftigenden Kindes durch die Ortspolizei desjenigen Ortes, an welchem das Kind zuletzt seinen dauernden Aufenthaltsort gehabt hat, kosten- und steuerfrei ausgestellt wird. Die Arbeitskarte hat der Arbeitgeber zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhandigen.

(Ein Freibenter über antireligiöse Propaganda.) Die antireligiöse Propaganda, ursprünglich von Frankreich ausgehend und jetzt besonders in Sowjetrußland gepflegt, findet auch in Deutschland immer weiteren Eingang. Da ist es höchst beachtenswert, was der selbst im Lager des Freientums stehende Literat Dr. E. Wengraf im „Neuen Wiener Journal“ in seinem an leitender Stelle stehenden Artikel „Religionsfeindliche Propaganda“ über sie schreibt. Es heißt dort u. a.: „Jede antireligiöse Propaganda scheint mir ein Verbrechen. Nicht als ob ich ihre kriminelle Verfolgung wünsche, gewiß nicht, aber ich finde es urfänglich und verabscheuenswürdig. Nicht aus Glaubenszweifel — der liegt mir fern —, sondern aus der einfachen, in langer Lebenserfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß ein religiöser Mensch unter sonst gleichen Verhältnissen glücklicher ist als ein irreligiöser. Wie oft habe ich in meiner, allem positiven Glauben abgelehnten Subifferenz und Selbsts andere Menschen beneidet, denen ihre tiefe Religiosität einen festen Halt in allen Lebensstürmen gab. Solche Menschen festlich entwurgen, ist ein schändliches Verbrechen. Mit ihm alle Professorengewalt zuzerren. Und doch begreife ich noch, daß einer, der fest überzeugt ist, im Besitze des selbstgemachten Glaubens zu sein, dazu auch andere zu bekehren sucht. Eine Propaganda des Unglaubens aber begreife ich nicht. Man hat kein Recht, einem anderen das schließliche Obdach, und sei's auch nur eine baufällige Hütte, zu nehmen, wenn man nicht sicher ist, ihm ein besseres, schöneres Haus bieten zu können. Über Menschen aus dem exzessiven Heim ihrer Seelen herauszuloden, um sie dann in der Wildnis der Hypothesen und philosophischen Fragezeichen hilflos herumzulenken, das ist verbrechenlicher Fanatismus oder verbrecherischer Leichtsinns.“

Obersteina. (Turnverein DT.) Einen vollen Erfolg erzielte der Verein am vergangenen Sonnabend mit seinem Bühnenturnen, das der Feierstunde für die beiden Vereinsjubilare vorausging. Im allgemeinen war das Programm recht abwechslungsreich und die turnerischen Darbietungen wurden dadurch besonders interessant, als sie eine Gegenüberstellung des heutigen Turnbetriebes mit demjenigen vor ca. 25 Jahren brachten. Sie waren so recht geeignet, zu veranschaulichen, wie ernst der Verein es mit dem großen Gedanken der Deutschen Turnerschaft nimmt und wie er sich bemüht, mit der neuen Zeit und neuen turnerischen Einrichtungen Schritt zu halten. Der zweite Teil des Abends galt den 25 Jahre ihres Amtes waltenden 1. Vorsitzenden Max Pfeiffer und 1. Schriftwart Walter Freudenberg. Der 2. Vorsitzende fand geeignete Worte des Dankes und der Anerkennung und überreichte namens des Vereins den Jubilaren Jahnapletten als äußeres Zeichen ehrender Anerkennung. Hierauf nahm Gauhschriftwart Schellmann, Polen, der in Vertretung des behinderten Gauvertreter's Hellriegel erschienen war, das Wort, um den Gefeierten die Glückwünsche des Gau's und damit das Gau-Ehrenblatt zu überbringen. Die Jubilare dankten in herzlichen Worten für die ihnen erwiesene Ehre und ein allgemeiner Gesang beschloß die Feier, die in Erinnerung bleiben wird, allen, die sich zu dem großen Gedanken unseres Fr. Ludw. Jahr bekennen: Herz und Hand fürs Vaterland!

Großnaundorf. (Schulisches.) Am vergangenen Montag wurde der vierte der gefällig vorgeschriebenen

Deutschland im Hintertreffen

Berlin, 26. Sept. Unter der Überschrift „Deutschland im Hintertreffen“ veröffentlicht die „Germania“ einen Leitartikel, der sich mit den Ergebnissen der Völkerbundstagung beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, daß, als man im Haag auseinanderging, man die Vermutung äußern hören konnte, daß die diesjährige 10. Völkerbundversammlung nur beschränkte politische Bedeutung haben werde. Das war richtig vom Standpunkt deutscher Tagespolitik aus, denn die wichtigsten deutschen Fragen waren im Haag bereits auf das eingehendste erörtert, wenn auch bei weitem nicht alle gelöst wurden. Das war falsch im Hinblick auf die großen allgemeinen Völkerbundfragen und damit auch hinsichtlich deutscher Zukunftsprobleme, welche auch nach der sogenannten „Gesamtliquidierung“ offenbleiben werden. Die Septembertagung des Völkerbundes habe diesmal ein größeres Arbeitspensum bewältigt als je zuvor und die Genfer „Atmosphäre“ diesmal positiver Arbeit günstig gewesen sei. Deutschland habe in den Genfer Debatten zumeist abwartend beiseite gestanden, nur teilweise sich mit Vorsicht vorgewagt, weil die deutsche Delegation die im Haag geschaffene „Atmosphäre“ nicht glauben durch scharfes Vorgehen stören zu sollen. Im Mittelpunkt der Tagung habe diesmal durchaus England gestanden, in Abständen folgten Frankreich, China und die kleinen Mächte. Dabei weist das Blatt vor allen Dingen auf die Abrüstungsinitiative Macdonalds und Hendersons und den Vorschlag des chinesischen Vertreters hin, den Wortlaut des Artikels 19 des Völkerbundespatentes abzuändern. Weiter kommt die „Germania“ noch einmal auf die Minderheitenfrage zu sprechen und hebt hervor, daß der Reichsaußenminister entgegen seiner ursprünglichen Absicht, keine Erörterung der Minderheitenfrage in der politischen Kommission beantragt habe, sodas diese Frage praktisch auf dieser Völkerbundstagung keine Rolle gespielt habe. Das sei umso mehr zu bedauern, als die Vertreter der deutschen Minderheiten auf dem vorangegangenen Minderheitenkongreß eine solche Weiterführung der Minderheitenaktion gefordert hatten und diese Aufrollung von allen Seiten, auch von den Minderheitengegnern erwartet worden sei. Nachdem die Frage einmal erörtert sei, könne sie nicht ohne weiteres gerade in dem Augenblick zu unterbrechen, wo durch den Regierungswechsel in England die Erfolgsaussichten sich gegenüber früher erheblich gebessert hätten. Die Minderheitenfrage sei doch wohl zu wertvoll, als daß man etwa damit Nebenzwecke verfolgen oder Tagungen ausfüllen dürfte. Das Blatt bringt die Erwartung zum Ausdruck, daß die Pause in der deutschen Minderheiteninitiative nicht allzulange dauern möge und etwa von anderer Seite die Frage mit größerer Energie und stärkerem Geschick aufgerollt werde. Unter Hinweis auf das Verhalten der englischen Regierung kommt die „Germania“ zum Schluß, daß auch Deutschland, wenn die „Liquidierung des Krieges“ vollendet hinter uns liege, im Genfer Weltparlament eine deutlichere Sprache sprechen könne und müsse als bisher.

Kompromißverhandlungen in der Arbeitslosenfrage.

Köln. Die „Kölnische Zeitung“ macht in einem Berliner Telegramm Mitteilung von Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über ein neues Kompromiß in der Arbeitslosenfrage geführt worden seien. Es wird hinzugefügt, es handele sich hierbei nicht um ausdrücklich bevollmächtigte Persönlichkeiten der genannten Fraktionen. Der Zweck der Beratungen sei gewesen, der Deutschen Volkspartei einen gemeinsamen Entwurf der drei genannten Koalitionsparteien vorzulegen. Der Entwurf der Reichsregierung soll mit zwei Einschränkungen

angenommen werden, nämlich Anwendbarkeit der verlängerten Wartezeit nur auf jugendliche alleinstehende Arbeitslose unter 21 Jahren und Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenrenten erst von 30, nicht von 20 Markt an.

Das auf 1 1/2 Jahre befristete Sondergesetz
soll mit folgenden Abänderungen angenommen werden: Die im Hauptgesetz enthaltenen einschränkenden Bestimmungen über die Saisonarbeiterunterstützung werden in das Sondergesetz aufgenommen. Die Gleichstellung jugendlicher Lediger mit den Saisonarbeitern sowie die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter auf drei Wochen werden gestrichelt. Der im Reichstatkompromiß vorgesehene Sonderbeitrag des Baugewerbes in Höhe von 1 v. H. soll fortfallen.

Das finanzielle Ergebnis dieses Kompromisses wird da hin gekennzeichnet, daß statt der 109 Millionen Markt Ersparnis in der veränderten Regierungsvorlage nur 60 bis 70 Millionen Ersparnisse erzielt werden. Nach dieser Lösung würde ein Fehlbetrag von 70 bis 80 Millionen Markt im Jahr ungedeckt bleiben.

Neue Erklärungen zu den deutsch-französischen Gesprächen.

Gegenüber den Vorwürfen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ erklärt der Abgeordnete Dr. Klönne neuerdings, daß er von seinen Besprechungen mit dem französischen Abgeordneten Reynaud im Herbst 1927 dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Ritter Bericht erstattet hätte, daß aber der Versuch, den Außenminister selbst zu unterrichten, nicht gelungen sei. Im Februar 1928 habe er dem Ministerialdirektor von Dirksen wieder Bericht erstattet, und am 26. April 1929 dem Staatssekretär von Schubert den Inhalt von Unterhaltungen mit zwei französischen Politikern bekanntgegeben. Damals habe sich, französischerseits, der Staatssekretär seiner Ansicht völlig angeschlossen. — Auch General a. D. von der Lippe erklärt, daß er vor seiner Reise nach Paris im Frühjahr dieses Jahres offizielle Persönlichkeiten und namhafte Abgeordnete und Wirtschaftsführer der Rechten wie der Mittel- und Linksparteien informiert habe. Auch den deutschen Botschafter in Paris v. Hoesch habe er unterrichtet und schließlich nach seiner Rückkehr in Berlin dem Staatssekretär Schubert Bericht erstattet. — Schließlich erklärte Abgeordneter Trevianus zu den ihm gemachten Vorwürfen, daß er nur einmal als privater Gast in einem Klub mit dem französischen Abgeordneten Reynaud gesprochen habe.

Reichslandbund und Volksbegehren.

Der Reichslandbund teilt mit: „Der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes nahm in einer außerordentlichen Vorstandssitzung am 25. d. M. zu den Ergebnissen der Verhandlungen im Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren Stellung. Der Bundesvorsitzende stellte sich einmütig hinter die von dem Präsidenten des Reichslandbundes, Minister a. D. Dr. Schiele, im Reichsausschuß zum Ausdruck gebrachte Auffassung. Der Bundesvorsitzende ermächtigte das Präsidium ausdrücklich, auch weiterhin die besondere Stellung des Reichslandbundes als Mitglied der nationalen „grünen“ Front gebührend zur Geltung zu bringen. Der Reichslandbund wird seine Gesamtorganisation mit äußerster Energie dafür einsetzen, daß die nationale Aktion des Volksbegehrens gegen Young-Plan und Kriegsschuldfrage im deutschen Landvolk zur stärksten Wirkung kommt.“

Die Volksbegehrrundgebung in Berlin

In der großen Kundgebung im Berliner Sportpalast, mit der der Berliner Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren seine Arbeit einleitete, sprach Geheimrat Dr. Eugen Berg, der Bundesführer des Stahlhelm, Selbte, und der Berliner

